

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 12 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Verkaufsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Weihnachten 1922

Eingefunken
Unter Weltgewitterfunken
Ist der stolze, deutsche Bau.
Dede ist die Trümmersfätte,
Und das Volk in Sklaventetten
Seufzet in des Glends Grau.

Das einst alle
Welt erleuchtet hat vom Stalle,
Himmliches Erlöserkind:
Steig auf unsre Trümmer nieder,
Nach uns stark und freudig wieder,
Dass ein neuer Bau erstünd!

Georg Nowottnid.

Weihnachtsgedanken

Weihnachten! Wie kein anderes Fest weckt dies in unserem Herzen warmen und freudigen Widerhall. Mit Recht: nicht nur, weil es all die festigen Kindererinnerungen in uns hell ausleben läßt, und nicht nur, weil es das deutscheste der Familienfeste ist, das in keinem anderen Lande so eigenartig schön und innig und sinnig gefeiert wird, sondern vor allem, weil es auch das erhabenste und christlichste der Kirchenfeste darstellt. Weihnachten ist das Fest der großen Liebe! So sehr hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen eingeborenen Sohn Mensch werden läßt, um die Menschheit von ihrer Sündenlast zu erlösen; und Weihnachten ist das Fest des großen, umfassenden Friedens: Friede den Menschen, die eines guten Willens sind! Liebe und darum Friede für alle, die danach verlangen, das ist die große frohe Botschaft, die das Christentum neu in die Welt gebracht hat, zum höchsten Segen all derer, die als wahre Christen zu leben bereit je waren und sind.

Liebe und Friede, wo sind die heute hin verbannt? Können wir in unserem deutschen Vaterland und überhaupt in der herrschenden Kulturwelt davon noch ohne Hohn reden? Geht nicht aus jeder Scholle deutschen Landes, die wir widerrechtlich abtreten mußten, im Westen, im Osten, im Norden, die Anklage gegen den Haß zum Himmel empor? Wie soll das deutsche Volk den Lobgesang der Liebe und des Friedens anstimmen, da ihm der scharfe Dolch der Besetzung tief im blutenden Körper steckt? Klingt nicht jedes Wort von Liebe und Frieden wie Hohn, solange der Versailler Vertrag noch in Kraft ist? — Und wie sieht es im Lande aus? Ost muß man sich errötend gestehen, daß das deutsche Volk an seinem Niedergang nicht weniger schuld sei als die äußeren Feinde! Ist in das Wirtschaftsleben schon Friede und die Ausstrahlung der Liebe, brennende Gerechtigkeit, eingeschlagen? Blüht nicht vielmehr noch immer Egoismus, Schieberismus, Wucher, Klassenhaß, auch Arbeitsfurcht und Schmarotkertum? Wie sieht es im innerpolitischen Leben aus? Trauriges, Tieftrauriges haben wir im vergangenen Jahre erlebt! Einzelvortelle der Partei wurden immer wieder über das Wohl des ganzen Volkes gestellt, politische Verhöhnung und Vergiftung sind weithin zersetzend vorgebracht und haben allen einen Wgrund des Entsetzens gezeigt, als Jugendliche in Verblendung zum politischen Mord sich fortzuziehen ließen.

Und doch läuten die Weihnachtsglocken: Liebe, Liebe! Friede, Friede! Und wir alle möchten so gern an diese Klänge glauben, wollen aus ihnen Hoffnung schöpfen. Wir erinnern uns, daß diese Klänge von Gott in seiner Lehre einst in die Welt und Menschheit gebracht wurden, daß sie bezwecken nicht spurlos in der Menschheit verhallen können, daß das Große und Gute und Ideale den ewlichen Sieg erringen muß, daß der Menschheit in ihrer tiefsten Nacht ein Erlöser geboren worden ist. Wir denken auch an frühere Zeiten der Geschichte, wo glühender Haß und tödliche Feindschaft tobten —

allerdings wohl nie in so ausgedehntem Maße wie heute —, und wo sie endlich doch dem guten Geist der Liebe, Gerechtigkeit, Versöhnung und des Friedens weichen mußten. Die Menschheit und der Weltbau wollen sich aufwärts entwickeln, aber zur großen und allgemeinen Harmonie, zum wohlklingenden, in Liebe und Frieden jauchzenden Weltall. Und darum muß mit Sicherheit aller Haß und Neid, alle Ungerechtigkeit wieder überwunden werden, sie tragen den Keim der Vernichtung in sich.

Allerdings: die Weltgeschichte macht keine Sprünge, sondern sie entwickelt sich, muß mühsam Jaden um Jaden am tausenden Webstuhl der Zeit gesponnen werden. Der Wirrwarr, in den die Welt durch den ungeheuren Krieg, der seinesgleichen in der Weltgeschichte nicht hat, gestürzt ist, und die allgemeine Ermattung, die er verursacht hat, ist zu groß, als daß der Genesungsprozess plötzlich und über Nacht vor sich gehen könnte. Neupere Besserungszeichen sind noch kaum zu bemerken: im Gegenteil, die feindlichen Haßpläne haben in diesem Jahre immer neue Opfer gefordert, unsere finanzielle und wirtschaftliche Kraft ist immer noch tiefer gesunken. Aber das war auch gar nicht anders zu erwarten, eine spürbare Besserung in der Hinsicht wird auch vorläufig noch nicht eintreten. Doch darauf kommt es gar nicht an. Die Wirkungen werden sich schon zu ihrer Zeit von selbst einstellen, wenn die bedingenden Ursachen da sind. Der Same will Zeit zum Keimen haben. Die Vorbedingung jeder großen Besserung ist und bleibt immer die geistige Erneuerung, die Abkehr von der Haß- und Feindschafts- und Kriegsgeminnung, der gute Wille und die Bereitschaft zu Liebe und Frieden, zu echt christlichem Geiste.

„Wär' Christus tausendmal geboren,
Und wär' es nicht in dir,
Du bleibst doch verloren“

so singt der Dichter Angelus Silesius mit tiefem, welverstehendem Blick. Werdet erst selber wieder Christen, pflegt die Liebes- und Friedensgeminnung, laßt Christus in euch wiedergeboren werden, dann wird alles übrige euch zugegeben.

Und wenn wir in diesem Gedanken den Blick über unser Vaterland und Volk schweifen lassen, dann bleibt er doch auf mancher Erscheinung haften, die der frohen Weihnachtshoffnung Nachung geben. Unser Volk ist im Kern gesund und beginnt unter dem furchtbaren Druck der Zeit wieder zu erstarren. Es fängt an, wieder an den Spruch zu glauben: In deiner Brust sind meines Schicksals Sterne! Will alle Kraft einsetzen, um mit Hilfe des Allerhöchsten aus seinem tiefen Fall sich zu erheben. Der Gedanke der Not- und Schicksalsgemeinschaft gewinnt langsam und sicher ständig an Boden. Nein, wir brauchen nicht zu verzagen. Das Lebenswert unseres größten Dichters Goethe dient dem deutschesten Gedanken: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen!“ So rufen wir aber auch als Christen und hoffen freudig auf den Sieg der großen Weltideale: Liebe, Gerechtigkeit, Frieden! Immer aber sind wir uns bewußt: Der Weg dazu führt über uns selbst, über unsere eigene Erneuerung!

Georg Nowottnid.

Doch 1500% Wohnungsabgabe?

Eine neue Regierungsvorlage

In Nr. 46 der „Baugewerkschaft“ hatten wir die feinerseitigen Beschlüsse des Wohnungsausschusses des Reichstages, die eine nur 500proz. Wohnungsabgabe vorsahen, als völlig ungenügend und den Ruin des deutschen Baugewerbes herbeiführend bezeichnet. Kaum mehr scheint sich diese Überzeugung selbst in den Kreisen der Regierung durchgerungen zu haben. Wie kürzlich in der Presse amtlich bekanntgegeben wurde, hat das Reichskabinett dem Reichsrat eine Novelle zum Wohnungsabgabengesetz vorgelegt, wonach die Wohnungsabgabe vom 1. Januar 1923 ab auf insgesamt 1500% des Friedensmietwertes erhöht werden soll.

Zweifellos ist angesichts der fortgeschrittenen Geldentwertung und namentlich der beispiellosen Verteuerung aller Baustoffe selbst ein Satz von 1500% noch sehr unzulänglich. Der Ertrag dieser Abgabe wäre für das kommende Baujahr auf rund 80 Milliarden Mark zu veranschlagen, mit denen zirka 40 000 Wohnungen zu finanzieren wären. Gegenüber einem Bedarf von jährlich 150 000 bis 200 000 ist das ja nicht viel, immerhin aber ganz erheblich viel mehr, als das, was nach den ersten Beschlüssen des Wohnungsausschusses zu erwarten war. Ein weiterer erheblicher Vorteil ist darin zu erblicken, daß der Entwurf unserer alten Forderung Rechnung trägt, den Satz der Wohnungsabgabe vierjährlich entsprechend der Geldentwertung weiter zu erhöhen. Ebenso soll aus dem Gesamtertrage der Abgabe ein Satz von insgesamt 10% an einen Ausgleichsfonds des Reiches abgeführt werden, aus dem Beihilfen an Unternehmungen gewährt werden können, von denen eine Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere eine Verbilligung der Bauausführung und der Baustoffe zu erwarten ist. Schließlich wird auch unserer alten Forderung auf Berücksichtigung der Erwerbsunfähigen, der Rentner und der Kinderreichen Familien bei der Bemessung der Abgabe Rechnung getragen.

Auch gegen den Baustoffwucher scheint man nunmehr mit größerer Entschiedenheit vorgehen zu wollen. Seitens unseres Kollegen Fremmel sind im Wohnungsausschuß des Reichstages mehrere Anträge im Sinne der Beschlüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes gestellt worden, die sich mit der Verbilligung namentlich des Bauholzes, aber auch der übrigen Baustoffe beschäftigen. In jüngster Zeit hat man übrigens in Bayern und Württemberg — aber auch in einigen anderen Ländern — hinsichtlich der verbilligten Bauholzbeschaffung bereits gute Arbeit geleistet. Die hierbei erzielten Erfolge werden die Anträge des Kollegen Fremmel nachdrücklich unterstützen.

So eröffnet — im ganzen betrachtet — der gegenwärtige Stand der Verhandlungen im Wohnungsausschuß dem deutschen Baugewerbe wieder gewisse Aussichten. Die Belastung, die ja allerdings für uns als Mieter damit verbunden ist, wird wohl von manchem, der den Dingen nicht weiter auf den Grund sieht, jäherrlich empfunden werden, doch wird selbstverständlich dafür Sorge getragen werden müssen, daß — vielleicht durch Zuzugnahme der Zentralarbeitsgemeinschaft — die Löhne und Gehälter den steigenden Mietslätzen angepaßt werden. Dann aber darf man vor allem nicht vergessen, daß die Wohnungsabgabe für uns den Preis darstellt, mit dem wir uns die Erhaltung der gebundenen Wohnungswirtschaft erkaufen. Ist es dem Staate auf die Dauer nicht möglich, die zur Finanzierung des öffentlichen Wohnungsbaues benötigten Mittel aufzubringen, so treiben wir — darüber ist sich kein Mensch im unklaren, der die Dinge genauer kennt — mit Gewalt in den Strudel der „freien“ Wohnungswirtschaft hinein. Vor deren 800-1000fachen Mierten bewahrt uns allein die weitere Fortführung unserer gegenwärtigen Wohnungspolitik und vor allem auch eine Wohnungsabgabe, welche die zur Finanzierung der Neubauten erforderlichen Mittel ausbringt.

Gerade diesen letzten Gedankengang kennen sehr wohl die Verächter der „freien“ Wohnungswirtschaft. Aus diesen Kreisen ist eine scharfe Gegnerschaft gegen die Regierungsvorlage und die Erhöhung der Wohnungsabgabe zu erwarten. Mit ihnen verbinden sich die Vertreter von Industrie und Landwirtschaft, die bei „freier“ Wohnungswirtschaft von der jetzt ebenfalls auf ihnen ruhenden Wohnungsabgabe frei würden. Denn bekanntlich zählt nicht bloß der Mieter die Abgabe, sondern auch der Hausbesitzer für die von ihm selbst im eigenen Hause bewohnten Räume, ebenso der Landwirt für sein Haus, Stall und Scheune, ebenso der Industrielle für Fabrik-, Lager- räume usw. In der Tat müssen wir uns auf die Tatsache gefaßt machen, daß um die Durchbringung dieser Regierungsvorlage außerordentlich heftige Interessenkämpfe entbrennen werden. Um so mehr Betanlassung haben wir, uns mit aller Entschiedenheit auf den Boden der Vorlage zu stellen und der Regierung den Rücken zu stärken.

Ganz besonders wir Bauarbeiter! Wohl der letzte Kollege ist sich darüber klar, daß unsere eigene Existenz mit der Lage unseres ganzen Gewerbes auf das engste verknüpft ist. Gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo die Entwertung der Mark und die fortschreitende Teuerung zu immer neuen Lohnforderungen zwingen, sind die Folgen einer andauernden Beschäftigungslosigkeit des Baugewerbes in ihrer Auswirkung auf unsere Lohnpolitik kaum auszubedenken. Gerade wir begrüßen deshalb auch mit besonderer Genehmigung den Entwurf der Regierung.

Aber auch in all jenen Kreisen wird man ein Gleiches tun, wo man das richtige Verständnis für die Not unserer Hunderttausende von Wohnungslosen besitzt. Schon heute

ist die Wohnungsnot zu einer nationalen Gefahr geworden, die unerträglich an den Grundtagen unserer Existenz als Volk rüttelt. Die Geburtenziffer ist im letzten Monat auf 14, d. h. unter die französische Vorkriegs-Geburtenziffer gesunken! Das bedeutet, daß wir auf dem besten Wege sind, der Weltexistenz unseres Volkes ein — wenn auch langsames — Ende zu bereiten. Und die Hauptursache dieses Geburtenrückgangs ist zweifellos die Wohnungsnot. So wird ihre Überwindung zu einer Aufgabe von höchster nationaler Bedeutung, und der vorliegende Regierungsentwurf, der diesen Ziele dient, eine von jedem warm zu unterstützende Maßnahme zur Selbstbehauptung unseres Volkes.

Die Minderung des Steuerabzuges

Der Antrag der Reichsregierung, das Reichseinkommensteuergesetz der Geldentwertung anzupassen, hat dem Reichstag und inzwischen auch dem Senat des Reichstages vorgelegen. Gegenüber den Beschlüssen des Ausschusses sind im Plenum manche Änderungen beschlossen worden, die eine weitere Entlastung der Lohn- und Gehaltsempfänger darstellen. So wird das Lohnsteuergesetz für 1922 auf 400 000 M. erhöht (die Regierung schlug 250 000 M. vor, der Beschluß des Ausschusses lautete auf 300 000 M.). Das bedeutet praktisch, daß für alle Lohn- und Gehaltsempfänger bei einem Einkommen bis zu 400 000 M. im Jahre 1922 die Steuerlast durch den Steuerabzug abgegolten ist.

Für 1923 ist die Grenze für die Befreiung mit 10 Prozent auf 1 Million Mark hinaufgesetzt worden. Wer also im Jahre 1923 nicht mehr als 1 Million Mark verdient, hat durch den zehnprozentigen Lohnabzug seine Steuerlast abgegolten. Bei der „Lohnsteuer“ ermäßigt sich der Betrag des Steuerabzuges von 10 v. H. des Arbeitslohnes für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau bei monatlicher Lohnzahlung um je 200 M., bei wöchentlich um je 48 M., bei täglicher Zahlung um je 8 M.; für jedes minderjährige Kind, je nach den Zeiten der Lohnzahlung, um 1000 Mark, 340 M., 40 M. Als Werbungskosten dürfen abgezogen werden, je nach der Lohnzahlung, monatlich 1000 M., wöchentlich 240 M., täglich 40 M.

Diese Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1923 in Kraft.

Zur grundsätzlichen Seite der Regelung schreibt Kollege Broß im „Deutschen“:

Die zunehmende Entwertung unseres Geldes verleiht den Grundgedanken des Einkommensteuergesetzes ins Gegenteil und führte praktisch zur Schonung der großen Steuerzahler, zur schweren Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Dieses Mißverhältnis ist im Zusammenhang mit der Geldentwertung des letzten Halbjahres schließlich unerträglich geworden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund darf für sich in Anspruch nehmen, schon vor Jahresfrist, wie im „Deutschen“ nachgesehen werden kann, immer wieder auf die Notwendigkeit der Umgestaltung bestimmter Vorschriften des Gesetzes hingewiesen zu haben. Mit aller Eindringlichkeit haben wir wiederholt ausgesprochen, daß der an sich gute Gedanke des Steuerabzuges vom Lohn nicht mehr lange vertretbar erscheint, wenn die offensichtlich Ungerechtigkeiten der jetzigen Erhebungsform nicht mit Beschleunigung grundlegend geändert werden. Es ist an der Dauer unerträglich, daß der Lohnempfänger seine Steuerpflicht bis zum letzten Pfennig mit relativ hochwertigen Geldes erfüllt, während das veranlagte Einkommen mit durchschnittlich geringerer Steuerberechnung, dafür aber nachträglich in entwertetem Gelde zahlt.

Am wenigstens einen Teil der durch die Kontraktion des Geldes bedingten Ungerechtigkeiten auszugleichen, haben wir uns von jeher bemüht, die zulässigen Abzüge so auszubauen, wie es uns unter Würdigung des Zweckes der Einkommensteuer vertretbar erschien. In den Kreisen des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird es verstanden werden, wenn nicht innerhalb dieses Rahmens die besondere Berücksichtigung linderreicher Familien aus durchzuführen bemüht. Darauf haben wir bei jeder Änderung des Tarifes das Hauptaugenmerk gerichtet, und die Tabelle am Schluß dieser Zeilen beweist, daß es gelungen ist, das Gesetz eine soziale Note zu geben. Wir hatten die möglichst starke Berücksichtigung der Kinderzahl, neben unserer Auffassung von der Familie als des Grundpfeilers für Volk und Staat auch um deswillen für notwendig, um der, die linderreichen Familien besonders hart treffenden, Umsatzsteuer in etwa ein Gegengewicht zu schaffen.

Der Ordnung wegen sei festgehalten, daß die Initiative zur letzten Anpassung wiederum vom D. G. B. ausgegangen ist. Seine erste Eingabe hierzu trägt das Datum vom 20. September; erst Mitte Oktober folgte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Unsere Vorschläge sind es, die in der Grenze für den zehnprozentigen Lohnabzug, in den Kinderabzügen und den Werbungskosten vergrößert worden sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Gestaltung der Tarife im ganzen gefällt. Die Mehrheit des Reichstages ist u. E. in der Rücksichtnahme auf die von uns nicht bestrittene Erwartung auch der großen Einkommen zu weit gegangen. Besonders wird die Befreiung des Tarifes für 1922 einen Anstoß, für den wir Vorschläge vorbereiten, zugunsten der dem Steuerabzug unterliegenden Steuerzahler notwendig werden.

Die Auswirkung des für 1922 beschlossenen Steuerabzuges ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich. Für 1922 ist die Steuerlast bis zum Jahreseinkommen von

400 000 M. durch den Lohnabzug, wenn er ordnungsgemäß erfolgt und verrechnet ist, als abgegolten zu betrachten. Für 1923 wäre nach dem Gesetz zu zahlen:

Bei einem Monats-einkommen von Mark	In Hundertteilen				In Mark			
	lobig	linderlos vertheilbar	vertheilbar u. 2 Kinder	vertheilbar u. 4 Kinder	lobig	linderlos vertheilbar	vertheilbar u. 2 Kinder	vertheilbar u. 4 Kinder
15 000	2	0,66	—	—	300	100	—	—
20 000	4	3	—	—	800	600	—	—
30 000	6	5,33	—	—	1800	1600	—	—
40 000	7	6,5	1,5	—	2800	2600	600	—
50 000	7,6	7,3	3,2	—	3800	3600	1600	—
60 000	8	7,66	4,33	1	4800	4600	2600	600
70 000	8,3	8	5,14	2,3	5800	5600	3600	1600
80 000	8,5	8,25	5,75	3,25	6800	6600	4600	2600
83 300	8,56	8,32	5,92	3,52	7130	6930	4930	2930

Wie gewuchert wird

Die Kosten für Bekleidung haben sich in den letzten Wochen in weit höherem Grade gesteigert als die der übrigen Lebensbedürfnisse. Ein ganz einfacher Anzug, dessen Haltbarkeit obendrein noch von recht fragwürdiger Dauer ist, kostet heute schon 25- bis 30 000 M., und ein weiteres scharfes Anziehen der Preise steht bevor. Wirklich gute Anzugstoffe sind nicht mehr unter 20 000 M. für den Meter zu haben. Wie die breiten Schichten des deutschen Volkes bei solcher Preisentwicklung zu einer ganz bescheidenen Erneuerung ihres Kleiderbestandes kommen wollen, ist ein Rätsel. Bedeutet doch heute schon für die meisten Menschen der Kauf eines einzigen Anzuges geradezu ein unlösbares Finanzierungsproblem. Wenn man monatlang zum Zwecke der Anschaffung eines größeren Kleidungsstückes gespart hat und glaubt, das nötige Geld endlich beisammen zu haben, muß man zu seinem Schrecken erfahren, daß die inzwischen eingetretene Geldentwertung alle Berechnungen über den Kauf geworfen hat — man kann das begehrte Kleidungsstück noch nicht kaufen, und die Sparrerei fängt von vorne an.

Schon lange war man sich in weiten Kreisen darüber klar, daß die Entwicklung der Preise für Textilwaren alles normale Maß übersteigt, und daß an irgendeiner Stelle auf dem Wege vom Urprodukt bis zum fertigen Kleidungsstück üble Bucherpraktiken gang und gäbe sein müßten. Hier hinter die Kulissen zu schauen, war recht schwierig, denn bekanntlich hat eine Krähle der anderen nicht die Augen aus. Immerhin aber scheinen seitens des Konfektions-Einzelhandels allmählich doch Besorgnisse laut zu werden, daß die wahnwitzig gestiegenen Preise zu einer Erdrosselung der Konsumfähigkeit der breiten Schichten des Volkes und somit auch zu einer schweren Bedrohung des Einzelhandels führen könnten. So sind jetzt die Einzelhandelsgehälter der Berliner Konfektion gegenüber den Konfektionsfabrikanten in einen Käuferstreik getreten, in dessen Verlauf ganz interessante Tatsachen an das Licht der Öffentlichkeit gezeit werden. So berichtete ein Artikel in der „Berliner Montagpost“ vom 11. Dezember, dessen Verfasser sichtlich dem Kreise der Konfektionshändler angehört:

„Die Konfektionsfabrikanten kalkulieren in Saluta. Sie haben diesen gewinnbringenden Brauch nicht ganz spontan eingeführt; ihre Lieferanten, die Webwarenerzeuger, hatten die Preise schon vorher in Saluta berechnet. Sie erklärten, zu solcher Kalkulation gezwungen zu sein, weil sie ihre Rohstoffe — Baumwolle, Wolle — in Devisen bezahlen mußten. Darauf begannen auch die Konfektionsfabrikanten von ihren Abnehmern Preise in „kursgesicherter Mark“ zu fordern. Der Konfektions-Einzelhandel leistete ein bißchen Widerstand, gab aber dann nach, weil das Geschäft gut ging und die Abwälzung fürs erste keine sonderlichen Schwierigkeiten bereitete. Der Verbraucher sollte zahlen.“

Der Konfektions-Einzelhandel behauptet jetzt (da ihm, trotz aller Profite, das Betriebskapital auszugehen droht, und da er fürchtet, für die nach einem Dollarkurs von über 8000 kalkulierten Waren keine Käufer mehr zu finden), die Industrie habe das Prinzip der Sicherung der „Wiederbeendungskosten“ übernommen. Es gehe nicht an, daß man nicht nur das Material, das direkt oder indirekt aus dem Auslande beschafft werden müsse, auf Salutagrundlage berechne und in Rechnung stelle, sondern auch die allgemeinen Unkosten, die Arbeiterlöhne, die Porto- und Frachtkosten und schließlich sogar — den Unternehmergewinn. So weitgehender Anpassung an den Dollarkurs sei die Konsumkraft im heutigen Deutschland nicht gewachsen. Mute man ihr eine solche Belastung zu, so werde man statt der Dollarpfote halb Betriebs-einsparungen und Arbeitslosigkeit haben.“

Wieder einmal ein treffendes Beispiel unserer ver-rückten Profitwirtschaft. Alle Welt ruft nach Textilwaren und Kleidungsstücken, dafür wird die Produktion eingeschränkt und Zehntausende von kräftigen und arbeitswilligen Menschen werden auf die Straße geworfen. Und der Grund? Die Herren Produzenten können den Hals mit ihren Gewinnen nicht voll genug kriegen. Obwohl ein sehr erheblicher Teil der Unkosten bei weitem nicht in dem Maße der Geldentwertung gestiegen ist, kalkuliert man das fertige Produkt in Saluta, d. h. zu Goldpreisen. Wohin wir mit solch einer Politik treiben, kümmert die Herrschaft nicht. „Nach und die Sünder!“

Allgemeine Rundschau

Keine Mehrarbeit ohne Mehrentgelt!

Im Reichswirtschaftsrat fiel kürzlich das Wort, das deutsche Volk müsse zehn Stunden täglich arbeiten, und zwar ohne Mehrbezahlung. Demgegenüber führt Max Fabermann im „Deutschen“ aus:

„Der jetzt im Arbeitszeitgesetz vorgesehene Weg der tariflichen Vereinbarung macht die Tür so weit auf, wie es volkswirtschaftliche Notwendigkeiten und das Wohl der arbeitenden Schichten nur irgend zulassen. Aber über eins dürfen sich die deutschen Unternehmer nicht im unklaren sein: auf Kosten des Reallohnes der Arbeiterklasse wird die Mehrarbeit nicht durchgeführt werden. Was in Deutschland in Zukunft mehr gearbeitet wird, muß in seinem wirtschaftlichen Ertrag in vollem Umfang den zugute kommen, die ihn mit ihren Händen und Köpfen zu erarbeiten haben. Stimmes hat von Goldlöhnen gesprochen. Gemeint sind damit vorläufig nur die auf der Basis irgendeiner Geldwährung stabilisierten Löhne.“

Beim gegenwärtigen Markkurs verdient der bestbezahlte deutsche Arbeiter in der Woche kaum 1 1/2 Dollar. Sollte man diesen Zustand stabilisieren, so bedeutet das den sicheren Untergang bester deutscher Arbeitskraft. Wo muß die geforderte Mehrleistung einen Arbeitsertrag bringen, der mindestens den Goldlöhnen gleichkommt, die in der übrigen Welt bezahlt werden. Auch wenn wir diese Forderung als Ziel jeder endgültigen Stabilisierung unseres Wirtschaftslebens aufstellen, sind wir uns klar, daß auf Jahrzehnte unser verarmtes Volk mit seiner riesigen, großen ausländischen Verschuldung, seinen heruntergewirtschafteten Betriebsanlagen und seiner Kapitalnot den Ertrag seiner Arbeit nicht so verzeichnen darf, wie es sich das reiche Deutschland von 1914 erlauben durfte. Millionen Deutsche tragen kaum noch ein Hemd auf dem Körper und befehlen sich mit den Resten dessen, was man ehemals Bettwäsche nannte. Hunderttausende junger Familien besitzen kein Stück Hausrat und keine Wohnung. All dies Elend kann nur durch ein Menschenalter bienenfleißigen Sparens überwunden werden.“

„Über die deutschen Unternehmer sollen nicht glauben, daß im deutschen Volk die Sehnsucht nach einer neuen Gestaltung der Besitzgrundlagen unserer Wirtschaft in den vieldeligen Protokollen der sogenannten wissenschaftlichen Sozialisationskommission begraben ist. Wir können keine neue Zeit aufbauen, wenn den wenigen alle Produktionsmittel gehören und die vielen nicht wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen. Darum werden die nächsten Wochen und Monate, in denen die Fragen der Mehrleistung und der Produktionssteigerung gelöst werden müssen, uns auch einen ganz gehörigen Schritt zu einer vernünftigen Beschäftigung der arbeitenden Schichten vorwärts bringen müssen.“

Kommunistischer Opfermut

Der „Vorwärts“, das jözb. Hauptorgan, bringt folgende interessante Notiz:

„Neben dem moralischen Defizit des sogenannten Reichsbetriebsrätekongresses haben die Herren Kommunisten noch ein finanzielles auszugleichen. Ueber das erste sehen sie sich allerdings leichthändig hinweg, aber die Erdenschnur des zweiten zwingt sie zu „Zaten“. So geht denn der Ringelbeutel in den Berliner Betrieben um, und nicht nur Kommunisten, sondern auch andere Arbeiter, denen die tiefe Ruhe höher steht als der Bekanntheit, opfern von ihrem targa Lohn den nimmerartigen Kostauern. Wie jähnde sie betrogen werden, beweist die 9. öffentliche Sitzung in der „Roten Fahne“, die Spenden einfacher Arbeiter in Höhe von 250 M. aufweist, während die Reichstagsfraktion der K.P.D. mit ganz en 520 M. brilliert. Kommunistischer Opfermut.“

Die Herren von der kommunistischen Reichstagsfraktion ließen sich offenbar von der Ueberzeugung leiten, daß die Dummheit nicht alle werden. Warum sich selber in Untoten kürzen! Es gibt dumme Arbeiter genug, die die Erben der kommunistischen Politik schon bezahlen werden. Fragt sich nur: wie lange?

Eine Anerkennung aus Gegners Mund

Die Tatsache daß unsere Deutsche Volksbank neuerdings ihr Grundkapital von 10 auf 50 Millionen Mark erhöht hat, gibt dem „Grundstein“ (Nr. 49) Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

„Der Gewerkschaftskongress in Leipzig hat am 21. Juni d. J. beschlossen, eine „Zentralstelle für Gemeinwirtschaft“ zu schaffen, die die wirtschaftliche und finanzielle Macht der gesamten freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerenschaft zusammenfassen und sie planmäßig organisieren soll zur Durchführung der Gemeinwirtschaft. Weiter hat eine Kommission und später der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschlossen, zur wirksamen Unterstützung dieser Bestrebungen eine Arbeiterbank zu schaffen mit einem Stammkapital von zunächst 100 Mill. M. Ueber diese Beschlüsse ist es aber noch nicht hinausgekommen. Inzwischen hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung — wie obige Kopfnote zeigt — bereits den Weg zur Tat beschritten und mit 50 Mill. M. Stammkapital die „Deutsche Volksbank A.-G.“ in Essen gegründet. Die christlichen Gewerkschaften mit ihrem kleinen Häuflein von Anhängern haben wieder einmal einen gesunden Beschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgegriffen und schneller in die Tat umgesetzt als er selber.“

Wir nehmen gern von der Feststellung des „Grundstein“ Notiz, daß auf diesem Gebiete unsere Bewegung früher aufgetreten ist als die freien Gewerkschaften;

ne war es übrigens auch auf dem Gebiete der Feuer-
versicherung. Nur irrt der „Grundstein“, wenn er
sagt, wir hätten „wieder einmal“ einen „gesunden Be-
stand“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
aufgegriffen und schneller in die Tat umgesetzt als er
sollte. Der Beschluß zur Gründung unseres Bauunter-
nehmens wurde bereits auf dem Essener christlichen Gewer-
schaftskongress im November 1920 gefaßt. Was das „Neue
Gaußlein“ angeht, so zählt der Deutsche Gewerkschafts-
bund, der der Träger unserer Deutschen Volksbank ist,
immerhin mehr als 2 Millionen Mitglieder.

**Der Großhandels-Index Anfang Dezember
— 1785 fache Steigerung**

Für die Woche, beginnend mit Sonnabend, den
2. Dezember und schließend am Freitag, den 8. Dezember,
betrug die Wochenmaß-Ziffer der Industrie-
und Handelszeitung 1784,60, d. h. die zugrunde
gelegten 44 Waren im Großhandel haben das 1785 fache
ihres Preisstandes gegen 1913 (gleich 1) er-
reicht und damit die Kaufkraft der Mark auf den inländi-
schen Großhandelsmärkten auf $\frac{1}{1785}$ ihres Vorkriegs-
wertes herabgedrückt. Am Dollarkursniveau der
Berichtswoche gemessen, wies die Reichsmark in der ersten
Dezemberwoche nur noch den 1961. Teil ihres
Ursprungwertes der Vorkriegszeit auf. Der
Dollars-Mittelfurs in Berlin betrug im Wochenburchschnitt
des 2. bis 8. Dezember 8231,25, so daß er gegen den
Durchschnittkurs der Vormoche eine Steigerung um 3,5
v. H. ergab. Dieser Devisensteigerung gegenüber erhöhte
sich der Preis um 8 v. H. Damit weisen die Groß-
handelspreise eine erheblich stärkere Auf-
wärtsbewegung als die ausländischen Zah-
lungsmittel auf, die vornehmlich von dem seit dem
1. bzw. 6. und 8. Dezember in Kraft getretenen Er-
höhungen der korporativ festgesetzten Preise für Kohlen,
Kohleisen, Walzeisen, Zement und Kalk getragen wurde,
während sich die börsenmäßig notierten Preise „nur“ der
Devisensteigerung annähernd entsprechend verteuerten.

Wie geschoben wird

Die „Essener Volksztg.“ (Nr. 288 vom 3. Dezember
d. J.) bringt folgende Notiz:
„Eintraglicher Kettenhandel. Eine Mil-
heimer Firma hatte im Oktober d. J. eine Kruppische
Barade für 175 000 M. erworben; sie ließ sie abbauen
und verkaufte sie für 400 000 M. weiter. Der neue
Käufer hatte aber nicht etwa die Absicht, die Barade
zu verwerten, sondern an ihr zu verdienen, und so ging
sie für 790 000 M. an eine dritte Firma weiter, die sie
ihresseits nach kurzer Zeit für 1 900 000 M. an eine
Essener Firma weitergab. Das Objekt hatte sich also in
einem Monat um rund $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark verteuert.
Die Wucherzentrale des Polizeipräsidiums, die von
diesem typischen Kettenhandel Kenntnis erhielt, konnte
dem letzten Verkäufer noch rechtzeitig 900 000 M. der
Kaufsumme, die noch nicht zur Auszahlung gelangt
war, als übermäßigen Gewinn beschlag-
nahmen und mit einem Strafverfahren gegen
die Beteiligten an die Staatsanwaltschaft abgeben.“

Das ist nur ein Beispiel für viele. Es zeigt, wodurch
die Ware am meisten verteuert wird: nicht durch die
Löhne, sondern durch den übermäßigen, volkswirtschaftlich
durch nichts gerechtfertigten Zwischenhandel. Und die
Lehre daraus? Wir brauchen eine Einschränkung
der Gewerbefreiheit.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Münster

Uniformierte „Bauarbeiter“

Hafelünne (Kreis Meppen). Für Hafelünne, welches
zum Tarifgebiet Unterweser-Ems gehört, war ab 16. Nov.
für Maurer und Zimmerer ein Stundenlohn von 232 M.
vereinbart. Nachdem der Stundenlohn anfänglich gezahlt
war, wurde unsern Kollegen von den Unternehmern am
26. Nov. mitgeteilt, daß auf Veranlassung des Bürger-
meisters der Stadt Hafelünne ab 27. Nov. nur mehr 200 M.
Stundenlohn gezahlt werden dürfe. Unsere Kollegen,
welche den Standpunkt vertraten, daß der Bürgermeister
anderes zu tun hat, als den Bauarbeitern die Löhne zu
diktieren, auch wenn es sich um städtische Bauten handelt,
traten, da eine friedliche Einigung nicht zu erzielen war,
am 30. November in den Streik. Ein eigentümliches Bild
bot sich nach zwei Tagen auf einer größeren Baustelle.
Architekt, dessen Schreibgehilfe, Genbarin und Nachpolizei-
wachmeister waren eifrig beim Aufhängen der Dachziegel.
Ob diesen Herren bei der Verrichtung dieser Streikbrecher-
arbeit wohl zumute war, und ob sie diese Arbeit mangels
nicht genügender hauptamtlicher Beschäftigung verrichteten
oder vielmehr, um einen Nebenverdienst zu haben, entzieht
sich unserer Kenntnis. Unsere Hafelünner Kollegen werden
den Kampf so lange führen, bis der Tariflohn gezahlt
wird.

Sögel (Kreis Hünning). In einer hier am 1. No-
vember stattgefundenen Bauarbeiterversammlung wurde
nach einem Vortrage des Kollegen Sandzettel-Ringen über
die „Notwendigkeit der Organisation in der heutigen Zeit“
beschlossen, in Sögel eine Ortsgruppe des christlichen
Bauarbeiterverbandes zu gründen. Sämtliche Bauarbeiter
aus Sögel traten geschlossen dem Verbands bei und ver-
traten, dafür Sorge zu tragen, daß sämtliche Bau-
arbeiter des Kreises Hünning sich ebenfalls in nächster
Zeit dem Verbands anschließen.

Am Sonntag, den 10. Dezember, wurde mit den
Bauunternehmern Sögels zwecks Regelung des Lohnes
verhandelt und folgendes Abkommen getroffen: Der
Stundenlohn (welcher bei der Gründung der Ortsgruppe
am 1. November noch 75 M. betrug) beträgt rückwirkend
ab 16. November für Maurer und Zimmerer 192 M., für
Hilfsarbeiter 186 M.; ab 1. Dezember für Maurer und

**Am 23. Dezbr. 1922 ist der zweiundfünfzigste
Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.**

Zimmerer 252 M., für Hilfsarbeiter 244,50 M.; ab 16. De-
zember für Maurer und Zimmerer 308 M., für Hilfs-
arbeiter 299 M. Zu diesen Löhnen kommen die nach dem
1. Januar für das Tarifgebiet Unterweser-Ems eintreten-
den Lohnerhöhungen. Die Sögeler Kollegen werden diesen
schönen Erfolg dadurch anerkennen, daß sie für die
weitere Ausbreitung unseres Verbandes im Kreise Hün-
ning Sorge tragen.

Aus dem Verbandsleben

Winterarbeit

Früher haben nicht wenige Bauarbeiter die Winter-
monate begrüßt als eine Atempause. (Das dürften aber
nur verschwindend wenige gewesen sein. D. Schriftl.)
Dieses war berechtigt und auch möglich, weil die Wirt-
schaftsverhältnisse stabil und die Möglichkeit gegeben war,
einen Spargroschen für zu erwartende Feiertage zurück-
zulegen. In den letzten Jahren sind jedoch alle guten Vor-
sätze über den Haufen geworfen worden. Die Bauarbeiter-
schaft ist mit ihren Löhnen zum Teil hinter den Löhnen der
Industrie zurückgeblieben, wofür man auf Unternehmenseite
den Grund geltend machte, der Saisoncharakter des Bau-

Kollegen!

**Werbt unermüdet für unsere
Tageszeitung**

„Der Deutsche“.

**Die Zeitung kann künftig für
den einzelnen Monat bestellt
werden. Bezugspreis für den
Monat Januar 950,— Mark.**

**Werbt auch außerhalb der Be-
wegung für unser Blatt!**

gewerbes könnte unter dem Achtstundentag nicht mehr an-
erkannt werden.

Die Lohnpolitik wurde denn auch mit Unterstützung
der Industrie, die als Bauauftraggeber zu 90 Prozent in
Frage kommt, so eingestellt, daß man mit Einstellung der
Arbeiten drohte, falls die Löhne der Bauarbeiter denen
anderer Berufe vorausseilen. Dieses Vorgehen verfolgt
den Zweck, die Löhne im allgemeinen zurückzuhalten, durch
Hunger die Arbeiterschaft zu zerschlagen, daß der Achtstun-
dentag zum Lebensunterhalt nicht ausreicht und daher länger
gearbeitet werden muß. Für den größten Teil unserer
Kollegen ist daher der kommende Winter eine Zeit des
Hungers und der Entbehrung. Für sie gilt es, den
kommenden Dingen mit klarem Blick und kühlem Kopf ent-
gegenzutreten und an der eigenen Kraft nicht zu ver-
zweifeln. Die eigene Kraft wirkt sich jedoch am besten
aus in der Organisation. Die Organisation ist die Zu-
sammenfassung der Kräfte: so wie jeder einzelne seine Auf-
gabe erfüllt, wird die Stoßkraft der Organisation sich
auswirken können. Durch die Lohnpolitik der Arbeitgeber
soll das Vertrauen zur Organisation erschüttert werden.
Leider muß festgestellt werden, daß diese Absichten der
Arbeitgeber bei vielen Arbeitnehmern günstige Aufnahme
gefunden haben. Diese Kollegen haben vergessen, welche
Kämpfe es erfordert hat, zunächst die Organisation zu
schaffen und nach und nach ihren Einfluß zu steigern.
Soll das alles vergeblich gewesen sein?

Kampf- und Opfergeist muß wieder alle Kollegen be-
herrschen. In der Not zeigt sich erst, was nicht nur der
Mann, sondern auch eine Organisation wert ist. Wir
müssen den Winter in richtiger Weise ausnützen zur
Sammlung der Kräfte und Erkenntnis der Dinge, auf
die unsere Arbeitgeber lossteuern. Nicht kleinlich: Kritik
an der Organisation und deren Führern bringt uns weiter,
sondern nur die praktische Mitarbeit: Jeder muß an
seiner Stelle ein Pionier sein! Ein Wetteifern muß ein-
setzen, die Lauen und Gleichgültigen aufzumuntern, die
Abtrünnigen wieder zurückzuerobren.

Eine vertiefte Erziehung der gewerkschaftlichen Vor-
gänge tut not. Die vertraglichen Bestimmungen müssen
durchgesprochen werden, damit ein jeder über seine Rechte
und Pflichten genau unterrichtet ist, und Mißgriffe unter-
bleiben, die gewöhnlich Nachteile bringen. Das man-
gelnde Wissen auf vertraglichem und gesetzlichen Gebiete
muß verschwinden, dann wird auch die Tätigkeit der Del-
gierten und Vertrauensmänner besser gemündigt werden
und jeder bereit sein, mit Lust und Hingabe Führer zu
sein.

Der Jugend muß ganz besonders unsere Sorge und
Aufmerksamkeit gelten. Mehr und mehr wächst das Ge-
schlecht der Verbandsgründer in das reife Mannes- und
Greisenalter hinein. Da muß ein kampfbereiteres junges

Geschlecht vorhanden sein, das die entstehenden Lücken aus-
füllt. Das setzt voraus, daß die Jugend frühzeitig in die
Tradition und Ideewelt des Verbandes und unserer
Gesamtbewegung eingeführt wird und so die Schulung für
ihre künftige Aufgabe erhält. Ich kenne keine wichtigere,
aber auch keine dankbarere Arbeit im Verbands, sie muß
nur von Liebe getragen sein.

Eine wichtige Aufgabe haben die Kollegen zu erfüllen,
die im Winter in ihre ländliche Heimat reisen. Schwer,
fast unerträglich ist heute das Leben in der Großstadt.
Mander kann schon seinen Kindern das Brot nicht geben,
das sie verlangen. Trotzdem fordert die Landwirtschaft
immer höhere Preise für ihre Erzeugnisse. Warum? Weil
die Bauern als Selbstversorger nicht wissen, was das
nackte Leben heute den kostet, der alles kaufen muß.
Was zur Ernährung notwendig ist, erzeugen sie fast rei-
los selbst, brauchen also nur für Kleidung und Pro-
duktionsmittel Ausgaben zu machen. Sie wissen daher
nicht, wieviel Geld erforderlich ist für die Erlangung der
Lebensmittel. Sie verausachen sich an den „hohen Löhnen“,
die in den Städten gezahlt werden, und sind der Auf-
fassung, daß ihre Erzeugnisse noch viel zu billig sind.
Hier Klarheit zu schaffen, wie die Dinge in Wirklichkeit
liegen, muß Aufgabe unserer Kollegen auf dem Lande
sein. Nicht Haß und Vorurteil kann die Gegensätze über-
brücken, sondern Aufklärung von Mund zu Mund. Diese
Aufklärungsarbeit können und müssen wir als christliche
Gewerkschaftler leisten, damit der dringend notwendigen
Verständigung zwischen Stadt und Land die Wege bereitet
werden. Ein dauernd feindseliges Verhältnis zwischen
beiden müßte auch für die Arbeiterschaft große Gefahren
heraufbeschwören. S. C.

Etzsfelder Bauarbeiter-Jugendtag

Es ist wirklich ein guter Gedanke, den der Kollege
Zumbroch zur Ausführung bringt, indem er eine Kon-
ferenz für unsere jugendlichen Mitglieder auf dem Etz-
sfelde abhält. Die Woche zwischen Weihnachten und Neujahr
ist der geeignetste Zeitpunkt. Es wäre dringend zu wün-
schen, daß dieser erste Versuch, auch die Jugend im Win-
ter zu sammeln und zu schulen, gute Früchte trägt und
unsere jungen Kollegen dem Rufe restlos folgen. Ihr
Jungen sollt und müßt Euch auch in der
Gewerkschaft Eurer Mitvorderen würdig
zeigen. Darum will ich in nachstehendem zeigen, welche
Bedeutung bei der Gründung und späteren Entwicklung der
christlichen Gewerkschaften, insbesondere unseres Verbands,
die Etzsfelder Arbeiterchaft gehabt hat.

In den Gründerjahren waren die Etzsfelder Bau-
arbeiter, ähnlich wie heute, im rheinisch-westfälischen In-
dustriegebiet und folgenden Städten beschäftigt: Münster
i. Westf., Bremen, Hamburg, Hannover, Braunschweig, Hil-
desheim, Göttingen und Berlin. In diesen Orten bestanden
die ältesten Verwaltungsstellen unseres Verbandes. Bei
der Gründung, wie auch zum Teil heute noch, war ein
großer Prozentsatz der Mitglieder vom Etzsfelde, in
manchen Orten machten sie fast die ganze Mitgliedschaft
aus. Die Etzsfelder waren nicht nur Mitglieder, nein,
sie stellten auch in den meisten Fällen die Führung, als
Vorstände, Vertrauensmänner usw. Sehen wir uns heute
die Beamten unseres Verbandes wie auch anderer Ver-
bände an, so stellen wir fest, daß eine sehr ansehnliche
Zahl vom Etzsfelde gebürtig ist. Es darf auch ohne Ueber-
hebung gesagt werden, daß die Etzsfelder nicht die schlech-
testen Führer stellen.

Da vom Etzsfelde sehr viele Bauarbeiter kommen
und diese in den Wintermonaten leicht in den Heimatorten
erfaßt werden konnten, feste man seitens der Verbands-
leitung in den ersten Jahren gleich im Winter mit Agi-
tationsveranstaltungen ein, die guten Erfolg zeigten.
Es ist verständlich, daß die Etzsfelder Arbeiterchaft
leicht für die christlichen Gewerkschaften gewonnen wurde.
Sie, die von der Familie getrennt, in der Fremde ihr Brot
verdienen mußten, fühlten den wirtschaftlichen Tiefstand
und die Rechtlosigkeit der Arbeiter am stärksten, sie hatten
schon lange nach Hilfe gesucht. Wohl kannten sie die da-
mals schon bestehenden sozialistischen Verbände. Aber
gerade weil sie dieselben in ihrer parteipolitischen und
religionsfeindlichen Einstellung kannten, schloffen sie sich
nicht dort an. Sie wollten sich nicht mit jenen zusammen-
finden, die vorher nur Schmähdungen für sie gehabt hatten.
Wie oft haben wir uns unseres Glaubens und unserer
Heimat wegen von diesen Leuten fernhalten und schikanieren
lassen müssen! Der Etzsfelder ist eben ein treuer An-
hänger seiner christlichen Weltanschauung, auch heute noch,
und darum auch ein begeisterter Anhänger unserer christ-
lichen Gewerkschaften. Der Jugend von heute muß aber ein
besonderes Interesse entgegengebracht werden, daher ist
die Jugendkonferenz zu begründen.

Ihr jungen Landknechte zeigt, daß auch Ihr mit uns
älteren in Reich und Glied marschieren wollt! Durch unsere
Arbeit ist schon vieles besser geworden. Ihr findet heute
ganz andere Verhältnisse vor, als wie wir einst die Heimat
verlassen mußten. Laßt es Euch von den älteren Kollegen
Eures Ortes erzählen und bedenket, wenn es heute besser
geworden ist, dann nur durch die zähe Verbandsarbeit.
Viel ist aber noch zu bessern, insbesondere auch für Euch.
Darum kommt zu uns, bringet Eure Jugendfreunde mit.
Alle müssen mithelfen, keiner darf beiseite
stehen. Ebensoehr wollen wir, wie früher, kämpfen für
unzere Weltanschauung. Nie hat es eine Zeit gegeben, die
deutlicher gezeigt hat als die jetzige, daß die Grundsätze
des Christentums wieder lebendig und führend werden
müssen. Dazu seid auch Ihr jungen Mitstreiter. Das,
was der Ruttermund uns lehrte, die Ideale, die seit
Jahrtausenden in unserer Heimat vertreten worden sind,
sollt und müßt auch Ihr verteidigen! Darum nochmals:
Erscheinet alle auf dem ersten Etzsfelder Bauarbeiter-
Jugendtag! S. A. C.

Echte christliche Nächstenliebe

Abten die Kollegen der Ortsgruppe Kirchen (Verwal-
tungstelle Siegen). Der Kollege Sch. war längere Zeit
krank, so daß er mit seiner Familie in schwere Not geraten

mußte. In dieser Erkenntnis beschloßen unsere Mitglieder, eine Stunde für den kranken Kollegen zu arbeiten. Durch dieses Beispiel christlicher Hilfsbereitschaft angeregt, opferte auch der Unternehmer Quast einen Geleitenlohn, so daß dem kranken Kollegen eine Weihnachtsgabe von 19 000 M überreicht werden konnte. Vergelt's Gott!

Bau-Rundschau

Die Dividende des Dortmunder Zementwerkes

Wir beschäftigen uns bereits in Nr. 48 der „Baugewerkschaft“ mit der vom Dortmunder Zementwerk A.-G. beabsichtigten riesigen Dividendenausstattung. Wie wir der Nr. 49 des „Baumarties“ entnehmen, hat die Generalversammlung tatsächlich entsprechend der damaligen Aufwindung beschlossen. Der Reingewinn des Wertes beträgt 15 033 923 M, ist also fast doppelt so groß wie das ganze Aktienkapital von 8 Millionen Mark, auf das insgesamt 150 Prozent Dividende und Bonus ausgeschüttet werden. Dazu kommen 65 000 belgische Franken, die heute einen Kurswert von circa 35 Millionen Mark darstellen, an die Aktionäre zur Verteilung, d. h. sie werden ihnen noch dazu geschenkt. — In die Zukunft scheint man recht rosig zu schauen: „Für das laufende Geschäftsjahr werden die Ausichten ebenfalls als gut beurteilt. Erst jetzt werden die Aufträge vom Frühjahr d. J. ausgeführt, das Werk ist mit Rohmaterialien jeder Art auf Monate hinaus eingedeckt.“

Von der Börse wird dieser Bericht mit großem Galle entgegengenommen werden. Schmunzelnd kann man dort einsehen, was ein armes ausgeplündertes Volk unter schwersten Mühen aufgebracht hat, in der Meinung, damit für die wohnungslosen Volksgenossen Unterkunft zu schaffen!

Im Kampf gegen den Hausstoffwucher gibt es kein Er-lahmen!

Leerstehende Wohnungen auf dem Lande?

Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgende Zuschrift: „Wir haben in Deutschland circa acht Millionen landwirtschaftliche Kleinbetriebe. Mindestens ein Viertel verfügt über leerstehende sogenannte Altenteile, während jeder vier Millionen mindestens zwei bis drei Räume haben, die teils mit Lagerndem Gerate gefüllt sind oder ganz leer stehen. Selbst wenn diese Ziffer zu hoch gegriffen sein sollte, so muß jeder Kenner der Verhältnisse zugeben, daß ganz zweifellos zwei Millionen Kleinwohnungen auf-gewiesen werden könnten. Dazu kommen rund 250 000 Schloßer und Landhüter, so daß mit diesen so freigemachten Wohnungen jede Not behoben wäre. Wenn man schon in den Städten größere Wohnungen beschlagnahmt, weshalb dann nicht auch auf dem Lande? Die Sorge, land-wirtschaftliche Betriebe eignen sich nicht, ist nicht als sachlich anzusehen, denn Not ist nicht etwas Leibbares. Außerdem würde dadurch auch etwas die Lektoren auf dem Lande heben, wie andererseits ein besseres Sit-zungsverhältnis zwischen Stadt und Land eintreten müßte.“

Wenn auch die angeführten Zahlen uns als reichlich hoch gegriffen erscheinen, so ist doch ohne weiteres zu-zugeben, daß der Wohnraum auf dem Lande längst nicht in dem Maße ausgenutzt ist, wie in den Städten. Das „Berliner Tageblatt“ knüpft hieran die Bemerkung, die Wohnraumfrage auf dem Lande könne auch bei den Wohnungsuchenden erfolgen, die nicht auf einen häßlichen Erwerb angewiesen sind.

Bücherchau

Ein schönes Weihnachtsgeschenk für den christlichen Gewerkschafter ist die

Denkmünze

des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf der Vorderseite ist unter einem Stern ein ineinander verschlungenes Handpaar und darunter zwei durch die Hülle ihrer Frucht sich neigende Garben. Die Symbole sind folgende: Unter dem Stern der Hoffnung erhebt sich alles, was deutsch und christlich fühlt und denkt, die Hand zur gemeinsamen Arbeit. Die Frucht dieser gemeinsamen Arbeit ist in den gefüllten Ähren, das Brot darstellend, versinnbildlicht. Rings um den Rand stehen die Worte, die der Vorstehende unserer Bewegung Siegenerwald am dem 10. Gewerkschaftskongress in Essen als Ziel der Volksgemeinschaft geäußert hat: Deutsch, christlich, demokratisch, sozial.

Auf der andern Seite der Münze ist ein Bienenstich, der sieben Sinne unterteilt. Ueber diesem Bild steht das Wort „Volksgemeinschaft“, unter dem Bild „Deutscher Gewerkschaftsbund“.

Die Münze ist aus echtem Weißener Porzellan ge-fertigt und in einen Alpaka-Ring gefaßt. Die Münze ist mit einer Lese zum Anhängen an die Uhrkette versehen. Die Münze eignet sich auch sehr gut als Medaille für die Gewerkschaftlerfrauen. Preis für das Stück bei porto-freier Lieferung 250 Mark. Wegen der dauernden Gelb-färbung können wir nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages auf unser Postkontonto Berlin 223 7, Nr. 117 692 die Münze liefern. Da die Nachfrage sehr groß ist und der Vorrat nur beschränkt, bitten wir um so-fortige Bestellung.

Ebenfalls aus dem Christlichen Gewerkschafts-Verlag sind zu beziehen (Preise ab 8. Dezember 1922):

Siegerwald, Adam, Zusammenbruch und Wieder-entstehen 25 M.

Deutsche Lebensfragen 30 M.

Brauer, Dr. Theodor, Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft 75 M.
—, Christentum und Sozialismus 30 M.
Gemeinwirtschaft 50 M.
Die christlichen Gewerkschaften 50 M.
Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften 50 M.
Leitfaden für Betriebsratsmitglieder 300 M.
Berufsberatungen 75 M.
Die Ortskarte der christlichen Gewerkschaften 30 M.
Unterrichtskurse 30 M.
Protokoll des 10. Kongresses (Essen 1920) 750 M.
Liederbuch für die Jungmänner 50 M.
Kritische Betrachtungen zur gleitenden Lohnskala 30 Mark.
Diese Preise gelten nur bis zum 15. Januar 1923.

Die Meisterprüfung im Baugewerbe

Das in der Nummer 47 vom 19. November d. J. besprochene Buch „Die Meisterprüfung im Baugewerbe“ kostet jetzt einschließlich Porto und Verpackung 1350 M. Dieser Preis, der eigentlich bedeutend höher und für unsere Mitglieder erheblich ermäßigt worden ist, hat nur Gültigkeit bis zum 5. Januar 1923, von diesem Tage tritt wieder eine Preiserhöhung ein. Wir bitten deshalb um baldige Bestellung. Um Nachnahmelosten zu sparen, bitten wir um Voreinsendung des Betrages auf unser Postkontonto Berlin 117 692.

Christlicher Gewerkschafts-Verlag
Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25 I.

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes

Für das Jahr 1922 sind 53 Wochenbeiträge zu zahlen. Mitgliedern, die dieser Bestimmung der Satzung nicht nachkommen, darf die Marke „Verpflichtungen erfüllt“ nicht angehängt werden.

Mit dem 1. Januar 1923 kommt eine neue Marken-farbe zur Verwendung. Die Farbe der Marken ist grün. Die in diesem Jahre geführten roten Marken verlieren mit dem 31. Dezember dieses Jahres ihre Gültigkeit. Alle Marken, außer der Extrabeitragsmarke des Gesamtverbandes, sind gleichzeitig mit der Abrechnung des vierten Vierteljahres an die Hauptgeschäftsstelle einzusenden. Bestellungen auf neue Marken müssen sofort gemacht werden, damit dieselben am 1. Januar an die Mitglieder verabsolgt werden können.

Die Hausstaplerbücher kosten von jetzt ab 20 M. je Stück. Dieser Preis ist unter Herstellungswert. Neupreise Sparbarkeit im Verbrauch ist daher geboten. Die Verendung erfolgt in Zukunft entweder gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme. Bei Voreinsendung des Be-trages kann auf dem Postabschnitt die Bestellung gemacht werden. Doderby werden die Portokosten bedeutend ver-mindert. Man wähle daher diesen Weg.

Von den Verhandlungsprotokollen der dies-jährigen Generalversammlung unseres Verbandes zu Dort-mund ist noch eine beschränkte Anzahl vorhanden. Der Her-stellungspreis beträgt 320 M. Die Verendung erfolgt eben-falls gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme.

Der Hauptvorstand.

Ab 15. Dezember erhöhte Portofäße!

Der Posttarif erfährt ab 15. Dezember folgende Veränderungen:

Für Postkarten im Ortsverkehr 5 M., Fernverkehr 15 M.; für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 M., über 20 bis 100 Gramm 15 M., über 100 bis 250 Gramm 25 M.; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 25 M., über 20 bis 100 Gramm 35 M. — Für nicht oder un-zureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nachgehoben. — Für Drucksachen bis 25 Gramm 5 M., über 25 bis 50 Gramm 10 M., über 50 bis 100 Gramm 15 M., über 100 bis 250 Gramm 25 M. usw. — Für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höflichkeitssprüche mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind, 5 M. Für Geschäftsbriefe und Mitteilungen bis 250 Gramm 25 M., über 250 bis 500 Gramm 35 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 45 M.; für Warenproben bis 250 Gramm 25 M. Für Pakete bis 1 Kilogramm 50 M., für Pakete bis 5 Kilo-gramm Rahzone 125 M., Fernzone 250 M. Für Post-anweisungen bis 100 M. 12 M., über 100 bis 200 M. 20 M., über 200 bis 500 M. 30 M., über 500 bis 1000 M. 40 M., über 1000 bis 2000 M. 50 M., über 2000 bis 5000 M. 60 M. Für Rohrpostsendungen: die Rohrpostkarte 40 M., den Rohrpostbrief 50 M. Die Einschreibgebühr ist auf 20 M., die Vorzeigebühr für Rangnahmen und Post-anträge auf 12 M. festgesetzt. Für bar eingezahlte Zahl-latten bis 100 M. einschließlich 6 M., über 100 bis 200 M. 10 M., über 200 bis 500 M. 15 M., über 500 bis 1000 M. 20 M., über 1000 bis 2000 M. 25 M., über 2000 bis 5000 M. 30 M. Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Ge-bühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 40 M. und außerdem für jedes Wort 20 M.; für Ortstelegramme: Grundgebühr 20 M. und außerdem für jedes Wort 10 M. Die Auslandgebühren betragen vom 15. Dezember ab: für Postkarten 50 M., jedoch nach Ungarn und Tschecho-slowakei 40 M.; für Briefe bis 20 Gramm 30 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 60 M.

Bekanntmachungen

Winterarbeit auf dem Eichsfelde

Es sind einige Veränderungen eingetreten. Die Konferenzen finden nun wie folgt statt:

Konferenz der Feuerungs- und Schornsteinmänner, Poliere und Helfer

Dieselbe findet statt in Duderstadt am Sonnabend, den 30. Dezember, morgens 10 1/2 Uhr, im Lokale „Zur Post“ (Ehiele), Südenstraße. Mitgliedsbücher sind mitzu-bringen. S. A.: Fritz Stollberg.

Der 1. Eichsfelder Bauarbeiter-Jugendtag

findet ebenfalls in Duderstadt statt am Freitag, den 29. Dezember, morgens 10 1/2 Uhr, im Lokale „Zur Post“ (Ehiele), Südenstraße (nicht im Rath. Jugendheim, wie zuerst angegeben). Alle jungen Kollegen sind eingeladen. Fahrgeleit wird vergütet. Die Verwaltungsvorstände und Leiter der Jugendabteilungen wollen die jugendlichen Mitglieder noch besonders auf den Jugendtag aufmerksam machen. Das Hauptreferat hält der 2. Verbandsvor-sitzende Koll. A. Schmidt-Berlin.

Allgemeine Verbandskonferenzen auf dem Eichsfelde

Duderstadt: Am Sonntag, den 31. Dezember, morgens 10 1/2 Uhr, im Ratskeller (beim Rathaus).

Weisenborn-Lübberode: Am Sonnabend, den 6. Jan. (St. drei Könige), nachmittags 3 Uhr, in der Gastwirt-schaft Schilling in Weisenborn.

Saismar: Ebenfalls am Sonnabend, den 6. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus „Zur Krone“.

Leinefelde: Am Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Lokal „Zur Insel“.

Es ist dringend erforderlich, daß alle Orte mit mehreren Kollegen auf einer der angegebenen Konferenzen vertreten sind. Jeder wählt zweckmäßig die Konferenz, die ihm am bequemsten gelegen ist.

Eichsfelder! Tut alles, damit die Konferenzen sich zu eindrucksvollen Kundgebungen unseres Verbandes gestalten!
Die Bezirksleitung.

Verwaltungsstelle Melebach

Am 26. Dezember, dem 2. Weihnachtstage, 12 1/2 Uhr, findet in der Wirtschaft Lübbert eine außerordent-liche Mitgliederversammlung statt. Tages-ordnung: Rechnungslegung, Wahl des Vorstandes und Vor-trag des Bezirksleiters, Kollegen Werner. Alle Kollegen müssen erscheinen. Mitgliedsbücher sind in geordnetem Zustande mitzubringen.

Der Vorstand.

Verwaltungsstelle München-Grabbach

Den Kollegen zur Kenntnis, daß die Verwaltungs-geschäfte nunmehr von dem Kollegen Matthias Un-gerechtht geführt werden. Alle Anfragen und Schreiben für die Verwaltungsstelle M.-Grabbach sind an die Adresse: Matthias Ungerechtht, M.-Grabbach, Königs-platz 2, zu richten.

Sterbetafel.

Am 12. Oktober starb unser langjähriges treues Mitglied Josef Lomz aus Lüdemünd im Alter von 49 Jahren.

Verwaltungsstelle Fulda.

Am 3. Dezember starb nach kurzer, heftiger Krankheit (Lungenentzündung) unser lieber Kollege Johann Blume im Alter von 58 Jahren.

Ortsgruppe Wernigloh.

Am 3. Dezember starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege Michael Rogalewski im Alter von 41 Jahren an Lungenentzündung.

Verwaltungsstelle Kemscheid

Am 6. Dezember starb unser treuer Kollege Johann Schimanski an Herzschlag.

Ortsgruppe Joppot, Bauhilfsarbeiter.

Ehre ihrem Andenken!

Bau- und Erdarbeiter Genossenschaft Gräffau und Umgegend E. G. m. b. H. Hernsdorf gr. i. Schl.

Nachtrag: Am Gründungsstage sind eingetreten

22 Mitglieder

neu hinzugetreten 6

28 Mitglieder

mit 25 eingezahlten Geschäftsanteilen in der Höhe von zu-sammen 4440.— M. Der einzelne Geschäftsanteil beträgt 200.— M. Ausgeschlossen 5 Mitglieder, die Geschäftsanteile noch nicht gezeichnet hatten.

Die Kasssumme beträgt 5000 M.

Hernsdorf-Gräffau, den 13. April 1923.

Der Vorstand. Paul Jochmann.

Der Aufsichtsrat.

Karl Hoffmann. Heinrich Müller. Paul Jochmann.